

Dem Trend der Vorjahre folgend, hatte die KVB auch im Jahr 2005 einen Mitglieder-rückgang von fast drei Prozent zu verzeichnen. So hat sich der Mitgliederbestand der KVB im Jahresdurchschnitt von 257 891 Mitgliedern im Jahr 2004 auf 250 632 in 2005 weiter verringert. Der Rückgang entspricht damit der langjährigen Entwicklung seit Schließung des Mitgliederbestandes zum Jahresende 2003. Der Anteil der Versorgungsempfänger am Mitgliederbestand ist zwischenzeitlich um einen weiteren Prozentpunkt auf knapp 78 Prozent in 2005 angestiegen.

Die Beitragseinnahmen sanken auf Grund des Mitglieder-rückgangs gegenüber dem Vorjahr um fast vier Millionen Euro auf 424 Millionen Euro. Vom Dienstherrn BEV wurden 2005 fast 1,13 Milliarden Euro Zuschüsse (Beihilfe-

KVB legt ihren Geschäftsbericht vor

äquivalent) gezahlt, 29,6 Millionen Euro weniger als 2004. Im Ergebnis sanken die Einnahmen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 33,5 Millionen Euro auf rund 1,57 Milliarden Euro.

Sinkende Tarifaufgaben Steigender Fehlbetrag

Mit 1,56 Milliarden Euro sind im Jahr 2005 29,7 Millionen Euro weniger Tarifaufgaben in den Gesamtausgaben von 1,58 Milliarden Euro enthalten. Das bedeutet im Vergleich zum Geschäftsjahr 2004 einen Ausgabenrückgang von 1,9 Prozent. Der Personalaufwand belief sich wie im Vorjahr auf zwölf Millionen Euro. Die sonstigen Aufwendungen, beispielsweise die Verwaltungskosten, waren ebenfalls leicht rückläufig. Somit ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von 8,1 Millionen Euro, das sind 1,2 Millionen mehr als im Vorjahr.

Der Fehlbetrag kann auch in diesem Jahr aus der vorhandenen freien Rücklage von 50,4 Millionen Euro gedeckt werden. Fest-

zuhalten ist, dass die KVB mit dem relativ geringen Fehlbetrag von 8,1 Millionen Euro noch ein zufrieden stellendes Jahresergebnis in 2005 erreicht hat. Der Fehlbetrag und die schwindenden Rücklagen waren aber Auslöser für die Beitragserhöhung, über die bereits in der Oktoberausgabe des GDBA-magazins berichtet wurde.

Steigende Tarifaufgaben pro Mitglied

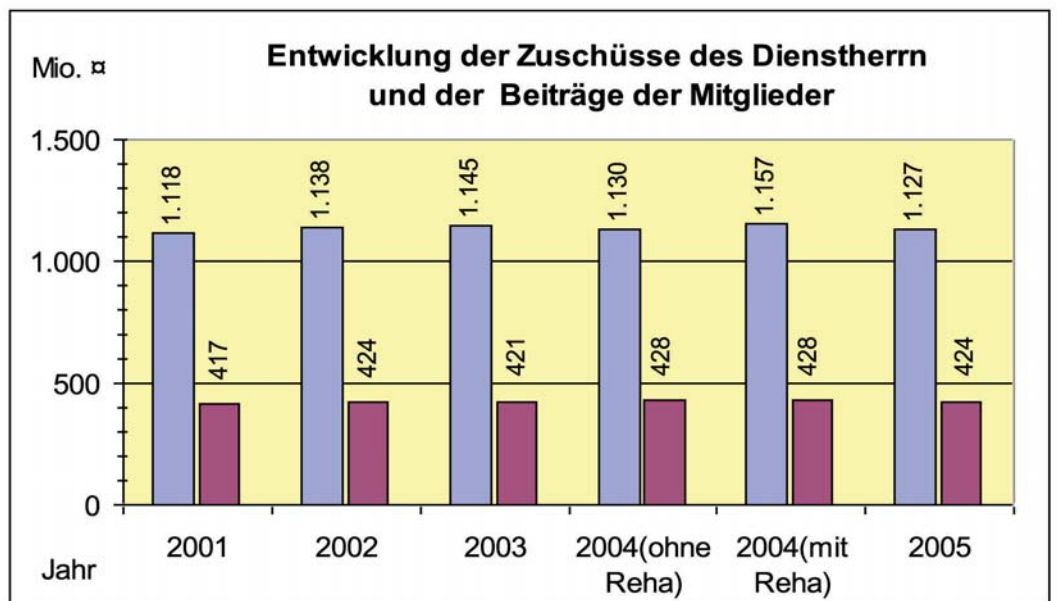
Der Ausgabenrückgang bei den Tarifaufgaben im Vergleich zum Geschäftsjahr 2004 von 1,9 Prozent entspricht umgerechnet auf das Mitglied allerdings immer noch einer Steigerung von fast ein Prozent. Bezogen auf das Jahr 1995 (!!) haben sich die Ausgaben um etwa 17 Prozent von 1,34 Milliarden Euro auf 1,56 Milliarden Euro erhöht. Wiederum bezogen auf das einzelne Mitglied haben sich die Ausgaben deutlich von 4 084 Euro/Jahr auf 6 225 Euro/Jahr um satte 52 Prozent erhöht. Im letztgenannten Betrag enthalten sind

allerdings jetzt auch die Ausgaben für Reha-Maßnahmen.

Aufteilung der Tarifaufgaben

Den größten Brocken bei den Tarifaufgaben stellt nach wie vor die Tarifstelle 8, Krankenhausbehandlung und stationäre Rehabilitationsmaßnahmen, mit 621 Millionen Euro. Gegenüber dem Vorjahr hat sich ihr Anteil an den Tarifaufgaben sogar leicht von 38,6 Prozent auf 39,8 Prozent erhöht. Mit 442 Millionen Euro und damit 28,3 Prozent beansprucht die ambulante ärztliche Behandlung den zweiten Platz, gefolgt von den Ausgaben für Arzneimittel mit 246 Millionen Euro, das sind 15,7 Prozent der Tarifaufgaben. An vierter Stelle liegen die Aufwendungen für Zahnbehandlung und Zahnersatz mit 119 Millionen und 7,7 Prozent der Tarifaufgaben. Die restlichen Tarifstellen haben mit 133 Millionen einen Anteil von 8,5 Prozent an den Tarifaufwendungen.

Interessant ist auch die Vertei-



lung der Tarifaufgaben auf Aktive und Versorgungsempfänger. Pro Kopf und Jahr entfielen 2005 auf ein im aktiven Dienst stehendes Mitglied durchschnittlich 3 377 Euro und auf einen Versorgungsempfänger 6 951 Euro an Leistungsausgaben.

Erfreulich ist, dass die Verwaltungskosten im Geschäftsjahr 2005 unter Einbeziehung des vom BEV zu tragenden Anteils an den Personalkosten mit 29,6 Millionen Euro um 1,4 Millionen Euro gesunken sind. Dies entspricht einem Verwaltungskostensatz von 1,9 Prozent (Vorjahr 1,95 Prozent) bezogen auf die Tarifaufgaben. Damit sind die Verwaltungskosten der KVB deutlich niedriger als die der privaten Krankenversicherungen (PKV) und der sozialen gesetzlichen Krankenversicherung (GKV).

Zuzahlungen in Höhe von 48,5 Millionen Euro

Erhebliche Auswirkungen auf das Jahresergebnis 2005 hatten die durch die Gesundheitsreform bedingten Tarifänderungen zum 1. Juni 2004, insbesondere die geltenden Zuzahlungsregelungen. Von den Mitgliedern selbst zu tragen waren Zuzahlungsbeträge von insgesamt 48,5 Millionen Euro, davon 26,2 Millionen Euro bei Arzneimitteln, 11,3 Millionen Euro durch Abzug der Praxisgebühr und 8,8 Millionen Euro bei stationären

Krankenhausbehandlungen, um nur die drei größten Posten zu nennen.

KVB-Klinik Königstein mit positivem Ergebnis

Im Geschäftsjahr 2005 hat die Klinik Königstein ein positives Geschäftsergebnis erwirtschaftet. Die Auslastung des Hauses konnte von 86 Prozent im Vorjahr auf knapp 90 Prozent gesteigert werden, ein Wert, der deutlich über dem Branchendurchschnitt liegt. Dies ist zum einen dem medizinischen Team unter der Leitung des Chefarztes der Klinik, Dr. med. Arno Schöneberger, zu verdanken und zum anderen der Klinikverwaltung mit dem neuen Klinikleiter Thilo Kruse und seiner Stellvertreterin, Christine Bastian. Trotz des hohen Leistungsstandards der Klinik konnten die Pflegesätze 2005 stabil gehalten werden. Um die Attraktivität der Klinik Königstein und damit die Belegung zu sichern, wurde auch 2005 weiter investiert. Die Baumaßnahmen zur Vergrößerung des Therapiezentrums und der Schaffung neuer Parkplätze wurden abgeschlossen und im Juli 2006 wurde der neue Wellnessbereich eingeweiht, mit dem das Leistungsangebot der Klinik nochmals erheblich verbessert wurde.

Erstattungszeiten sind ein Problem

2005 konnten die langen Erstattungszeiten durch den Einsatz von Dienstaushilfen und die Ableistung von Überzeiten und bezahlter Mehrarbeit bei den einzelnen Bezirksleitungen auf Zeiten zwischen einer und drei Wochen zurückgeführt werden.

Auf viel Unverständnis trifft immer noch die Erstattung bzw. Nichterstattung von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln. Nicht die KVB zieht die medizinische Notwendigkeit bestimmter Präparate in Zweifel, sondern es war die politische Entscheidung des Gesetzgebers, bestimmte Arzneimittel nur in genau definierten Ausnahmefäl-

len im Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen und den Beihilfavorschriften des Bundes (BhV) zu belassen. Einer Forderung des Vorstandes und der Vertreterversammlung der KVB folgend wurde über den in den Arzneimittelrichtlinien festgelegten Ausnahmekatalog hinaus für besonders schwere Krankheitsfälle die Möglichkeit einer ausnahmsweisen Erstattung geschaffen. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes bestätigt, dass es die Fürsorgepflicht des Dienstherrn gebietet, in Fällen lebensbedrohlicher Erkrankungen auch nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel, für die in den Arzneimittelrichtlinien kein Ausnahmetatbestand genannt ist, zu erstatten, wenn die medizinische Notwendigkeit dafür besteht. Diese Fälle werden auf Anfrage der Bezirksleitungen oder im Rahmen des Beschwerdeverfahrens im Benehmen mit dem beratenden Arzt entschieden.

Kooperation mit dem BSW

Um in der Fläche eine Mitgliederbetreuung aufrechtzuerhalten, hat die KVB mit dem Bahn-Sozialwerk (BSW) vereinbart, dass in den Ortsstellen des BSW eine Betreuung der KVB-Mitglieder stattfindet. Damit haben die Mitglieder vor Ort einen Ansprechpartner, der ihnen hilft, ihre Anliegen mit der KVB abzuklären. Auch werden im BSW-Magazin Beiträge der KVB zu aktuellen Themen veröffentlicht.

Elektronisches Vorgangsbearbeitungssystem (VBS)

Die KVB wird bis 2008 ein elektronisches Vorgangsbearbeitungssystem (VBS) zur Erfassung der Erstattungsanträge samt aller eingereichten Rechnungen und Rezepte einführen. Alle Daten werden dann elektronisch erfasst und automatisch in das Erstattungsprogramm übertragen. Von diesem Verfahren verspricht sich die KVB eine effizientere Bearbeitung der eingehenden Erstat-

Hintergrund:

Der Geschäftsbericht für das Jahr 2005 wurde vom Hauptgeschäftsführer der KVB, Rainer Podhorny, auf der diesjährigen Vertreterversammlung der KVB in Karlsruhe vorgelegt und erläutert.

Im Kreis der Delegierten ist die Verkehrsgewerkschaft GDBA vertreten durch Lothar Biegler als Vertreter der Versorgungsempfänger, Karl-Heinz Brüning, freigestelltes Mitglied des Besonderen Personalrats bei der BEV-Dienststelle Nord in Hannover, Siegfried Schulte, freigestelltes Mitglied des Besonderen Personalrats bei der BEV-Dienststelle West in Köln und Paul Ulbrich, freigestelltes Mitglied des Besonderen Personalrats bei der BEV-Dienststelle Südwest in Karlsruhe (Ast Stuttgart).

Wie in den Vorjahren ist im Besonderen Hauptpersonalrat das GDBA-Mitglied Michael Sehn für KVB-Angelegenheiten zuständig und nimmt an der Vertreterversammlung ebenso teil wie Bernhard Findeis, der die KVB im Auftrag des Bundesvorstands betreut.

tungsanträge, eine Steigerung der Flexibilität bei der Organisation der Aufgabenerfüllung und beschleunigte Bereitstellung der Akten. Das System ermöglicht den schnellen Zugriff auf alle Informationen und dadurch eine Minimierung der Bearbeitungs- und Suchzeiten. Für die Mitglieder wird sich nach Einführung des neuen Verfahrens, die für 2008 geplant ist, einiges ändern. Ab diesem Zeitpunkt werden die Erstattungsanträge an eine zentrale Posteingangsstelle gesandt. Dort werden die Anträge eingescannt und elektronisch an die regional zuständigen Bezirksleitungen zur Bearbeitung geschickt. Statt der Originalbelege werden Duplikate akzeptiert, die nicht mehr zurückgesandt werden. ms

Die Zuschüsse des Dienstherrn (violett) und die Beiträge der Mitglieder (dunkel lila) weisen eine gewisse Kontinuität auf.